

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/11144 –**

**Wirtschaftspolitischen Richtungsstreit der Bundesregierung beenden –
Für eine echte Wirtschaftswende**

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, sich auf Entlastungen für Unternehmen und Verbraucher zu einigen, um Wachstumsimpulse für den Wirtschafts- und Innovationsstandort Deutschland zu setzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/11144 abzulehnen.

Berlin, den 25. September 2024

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Hansjörg Durz
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Hansjörg Durz

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/11144** wurde in der 167. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. April 2024 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der CDU/CSU erachtet das Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik Deutschland gerade vor dem Hintergrund des Wachstums der Weltwirtschaft und im Vergleich mit anderen Industrienationen als zu gering. So sei die Wachstumsprognose für Deutschland die schwächste unter den G7-Staaten.

Um das Wirtschaftswachstum Deutschlands wieder zu steigern, fordert die Fraktion der CDU/CSU die Bundesregierung auf, für Entlastungen von Unternehmen und Verbrauchern zu sorgen. Im Einzelnen sollten dazu nach Ansicht der Fraktion im steuerlichen Bereich der Solidaritätszuschlag (stufenweise) gestrichen, die Steuern auf einbehaltene Gewinne auf 25 Prozent gesenkt, der Grund- und Kinderfreibetrag bei der Einkommensteuer relativ an die Erhöhung des Bürgergeldes angepasst, Überstunden steuerlich begünstigt sowie die „kalte Progression“ für die Jahre 2025 und 2026 ausgeglichen werden. Im Rahmen des Bürgergeldes sollten verweigerte Arbeitsanahmen stärker sanktioniert sowie dort das Zusammenspiel von Hinzuverdienst mit weiteren Sozialleistungen leistungstreuer ausgestaltet werden. Schließlich solle das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz bis zur Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie vollständig ausgesetzt werden. Die Fraktion der CDU/CSU fordert die Bundesregierung auf, sich zügig auf die Umsetzung wenigstens eines Teils der genannten Punkte zu einigen, zumal innerhalb der Bundesregierung die Partei der FDP teilweise ähnliche bis gleiche Positionen vertrete.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/11144 in seiner 91. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/11144 in seiner 80. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/11144 in seiner 85. Sitzung am 25. September 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/11144 in seiner 81. Sitzung am 25. September 2024 gemeinsam mit den Anträgen der Fraktion der CDU/CSU auf den Drucksachen 20/10985, 20/10371, 20/8413 und 20/11950 abschließend beraten. Die Beratung des Antrags auf Drucksache 20/11144 war zuvor in der 76. Sitzung am 15. Mai 2024, in der 77. Sitzung am 5. Juni 2024, in der 78. Sitzung am 12. Juni 2024, in der 79. Sitzung am 26. Juni 2024 und in der 80. Sitzung am 3. Juli 2024 mit den Stimmen

der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD und der Gruppe Die Linke vertagt worden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob hervor, sie habe frühzeitig auf die sinkende Wirtschaftsleistung und den Verlust von Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland aufmerksam gemacht. Die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP im Deutschen Bundestag hätten sich jedoch über Monate hinweg einer Aussprache über die von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Anträge im Wirtschaftsausschuss verweigert. Die Fraktion der CDU/CSU habe den Eindruck gewonnen, dass die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag beziehungsweise die Bundesregierung zwar vom grünen Wirtschaftswachstum und vom wirtschaftlichen „Turnaround“ sowie vom wirtschaftsfreundlichsten Bundeskanzler, den Deutschland seit Langem habe, sprächen, letztlich aber die Antworten auf die bestehenden wirtschaftlichen Herausforderungen schuldig blieben. In Anbetracht der schlechten Wirtschaftslage in Deutschland wäre eine frühzeitige Auseinandersetzung mit den Forderungen und Vorschlägen der Fraktion der CDU/CSU, die infolge der späten Behandlung nun teilweise überholt seien, geboten gewesen.

Die **Fraktion der SPD** betonte, die Bundesregierung habe viele Maßnahmen zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage auf den Weg gebracht. Der Fraktion der SPD mangle es an Seriosität in den Anträgen der Fraktion der CDU/CSU, da ihre Forderungen nicht mit entsprechenden Finanzierungsvorschlägen hinterlegt worden seien. Die Bundesregierung habe mit der neuen Wachstumsinitiative ein gutes Paket geschnürt, das die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessere, und es bestehe für alle die Chance, die Maßnahmen dieser Wachstumsinitiative zu unterstützen. Die Anträge der Fraktion der CDU/CSU enthielten mit der Abschaffung des Bürgergeldes und den weiteren Forderungen, die darauf abzielten, die Arbeitsaufnahme stärker zu fördern, Vorschläge, die die bestehende Rechtslage bereits berücksichtige. Auch deshalb würden die Anträge der Fraktion der CDU/CSU durch die Koalitionsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP abgelehnt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** räumte ein, die Situation der deutschen Wirtschaft sei ernst. Lösungen müssten gefunden werden, um den Wohlstand in Deutschland nachhaltig zu sichern und um weiter wettbewerbsfähig zu sein. Deutschland befinde sich mittendrin in einer großen Transformation weg von den alten analogen Geschäftsmodellen hin zu einer digitalisierten und dekarbonisierten Wirtschaft. Dies sei ein globaler Trend. Beispielsweise hätten sich im Vergleich zum Jahr 2010 die globalen Absatzmärkte für Elektroautos 15-mal vergrößert und der globale Ausbau von Solaranlagen 75-fach. Das seien jedenfalls die Herausforderungen, auf die sich die Wirtschaft entsprechend vorbereiten müsse. Jedenfalls sehe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Unionsanträgen nicht den Hauch einer Antwort auf die großen wirtschaftlichen Herausforderungen der Exportnation Deutschland. Es bleibe bei der Ablehnung der Unionsanträge.

Die **Fraktion der FDP** schloss sich den Ausführungen der Fraktion der SPD an. Es fehle insbesondere an einer seriösen haushalterischen Hinterlegung von Mitteln im Bundeshaushalt oder an einer seriösen Gegenfinanzierung, um die von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten wirtschaftspolitischen Vorschläge umzusetzen. Der Fraktion der FDP sei es deshalb wichtig, dass die aktuell eingebrachte Wachstumsinitiative der Bundesregierung „Neue wirtschaftliche Dynamik für Deutschland“ eng mit dem Haushalt verbunden werde, damit nicht nur Maßnahmen allgemein aufgezeigt würden, sondern auch, wie diese Maßnahmen erfolgreich im Bundeshaushalt bei Einhaltung der Schuldenbremse umgesetzt werden könnten.

Die **Fraktion der AfD** kritisierte die späte Behandlung der Unionsanträge im Wirtschaftsausschuss. Die Fraktion betonte, dass bereits vor Monaten, wenn nicht vor Jahren, viele der jetzigen Forderungen der Fraktion der CDU/CSU von der AfD-Fraktion erhoben worden seien. Den Anträgen der Fraktion der AfD sei jedoch nicht zugestimmt worden. Unabhängig hiervon kritisierte die Fraktion der AfD, eine „Klimatransformation“ würde durch die Fraktion der CDU/CSU letztlich akzeptiert. Es werde nicht darauf abgestellt, was die Wirtschaft in Deutschland wirklich brauche. Die Bundesregierung fahre jedenfalls eine Politik gegen die Menschen in Deutschland. Die Bürgerinnen und Bürger hätten erkannt, dass dies nicht funktioniere, die Wirtschaft gehe bergab. Deutschland sei der kranke Mann Europas. Die Fraktion der AfD habe jedenfalls die besseren Konzepte für eine Wirtschaftswende. Es werde Zeit, dass es in Deutschland wieder bergauf gehe.

Die **Gruppe Die Linke** sah insbesondere die Forderung der Fraktion der CDU/CSU nach einer Deckelung der Sozialabgaben als kritisch an. Im Ergebnis laufe dies auf eine Rentenkürzung und auf eine Kürzung im Gesundheitsbereich hinaus, wenn keine weiteren Maßnahmen ergriffen würden. Die Äußerungen der Fraktion der CDU/CSU zur Höhe des Bürgergeldes und zum Lohnabstandsgebot hielten keiner Überprüfung stand. Zudem

seien die Vorschläge für eine Steuersenkung nicht gegenfinanziert. Die Gruppe Die Linke stimme den Anträgen der CDU/CSU-Fraktion jedenfalls nicht zu.

Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/11144.

Berlin, den 25. September 2024

Hansjörg Durz
Berichterstatter

